

## **Entschließungsantrag** **der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

### **zur Erklärung der Bundesregierung zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle**

Der Bundestag wolle beschließen:

Oberstes Ziel unserer Politik ist es, den Frieden zu sichern und jeden Krieg – konventionell wie nuklear – zu verhindern. Aus diesen Erwägungen hat unser Bündnis seine bewährte Strategie der flexiblen Reaktion entwickelt. Sie ist eine Strategie der Kriegsverhinderung. Sie hat Kriege bisher verhindert und wird dies auch in Zukunft tun. Für sie gibt es in absehbarer Zeit keine Alternative. Für ihre Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit bedarf es ausgewogener nuklearer und konventioneller Streitkräfte. Deshalb kann unser Bündnis auf absehbare Zeit auf Nuklearwaffen nicht völlig verzichten. Ebenso unverzichtbar für unsere Strategie der Kriegsverhinderung bleibt die Präsenz der verbündeten Truppen, insbesondere der amerikanischen Streitkräfte in Europa.

Der Deutsche Bundestag befürwortet in der Konsequenz und Kontinuität die Friedenspolitik der Bundesregierung, die Herstellung stabiler, ausgewogener und damit für alle Staaten sicherer Kräfteverhältnisse in Europa durch weitgehende Abrüstung in allen Bereichen.

Der Deutsche Bundestag erstrebt Rüstungskontrollvereinbarungen, die erhöhte Sicherheit aller Beteiligten auf einem möglichst niedrigen, gleichgewichtigen Streitkräfteniveau gewährleisten. Dies setzt voraus, daß die berechtigten Sicherheitsinteressen aller – der großen wie der mittleren und der kleineren Staaten – berücksichtigt werden. Grundlage unseres Bündnisses ist: Die Sicherheit des einen ist die Sicherheit des anderen. Es darf keine geringere Sicherheit geben, weder im Verhältnis der amerikanischen und europäischen Bündnispartner noch im Verhältnis der europäischen Bündnispartner untereinander.

Entsprechend dieser Politik und aufgrund der Bündnisbeschlüsse von 1979 und 1983 (Montebello) werden im Zeitraum von 1980 bis 1988 insgesamt 2 400 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe einseitig und ersatzlos aus Europa abgezogen. Dies bringt das nukleare Potential des Bündnisses auf den niedrigsten Stand seit über 20 Jahren.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die zügige Beseitigung aller weiterreichenden landgestützten Mittelstreckenflugkörper im

Reichweitenbereich zwischen 1 000 und 5 500 km (LRINF-Systeme) am besten weltweit zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Damit würde erstmalig ein weitreichender Schritt zur Abrüstung möglich. Dieser Erfolg wäre vor allem das Ergebnis der festen und geschlossenen Haltung der Bundesregierung wie des gesamten Bündnisses bei der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses. Es wäre gleichzeitig ein Beweis dafür, daß konkrete Abrüstungsschritte auf der Grundlage eines fairen Ausgleichs der Interessen beider Seiten erreichbar sind.

Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, daß die noch in Europa vorhandenen amerikanischen und sowjetischen bodengestützten nuklearen Systeme in einem Reichweitenbereich zwischen 0 und 1 000 km in Verhandlungen Schritt für Schritt im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und einer weltweiten Beseitigung chemischer Waffen deutlich und überprüfbar reduziert werden.

Ein erster Schritt wäre eine global geltende Vereinbarung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, daß sie in Zukunft keine Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite (500 bis 1 000 km) haben werden. In diesem Sinne tritt der Deutsche Bundestag dafür ein, daß die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf so schnell wie möglich zum Erfolg gebracht werden.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß wie bisher die 72 Flugkörper vom Typ Pershing Ia der Bundeswehr nicht Gegenstand der laufenden Verhandlungen sind und auch nicht werden können. Er befindet sich dabei — wie die Bundesregierung — in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit den anderen Verbündeten.

Der Deutsche Bundestag hält als nächste Schritte auf dem Wege zu einer umfassenden Abrüstung für erforderlich und möglich:

- 50 % Reduzierung der strategischen Kernwaffenarsenale der Sowjetunion und der USA;
- die weltweite Beseitigung der chemischen Waffen;
- die Verringerung der konventionellen Land- und Luftstreitkräfte in Europa vom Atlantik bis zum Ural auf ein ausgewogenes niedriges Niveau; dies setzt die Beseitigung der Überlegenheit des Warschauer Pakts bei den konventionellen Kräften voraus;
- die weitere substantielle Verringerung des in Europa noch vorhandenen nuklearen Potentials der USA und der Sowjetunion.

Bonn, den 3. Juni 1987

**Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion**

**Mischnick und Fraktion**